Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 219. Sonnabend, 17. September 1932, abends. 85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.** Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Deutschlands Absage an die Abrüstungs-Konferenz.

Das weitere deutsche Vorgehen in der Wehrfrage. — Keine Note mehr an Frankreich.

Neuwahlen zum Reichstage am 6. November.

Die großen Fragen.

Das öffentliche Interesse hat sich in den letzten 24 Stunden von den politischen Nachhutgefechten abgewendet. Im Vordergrund stehen **die großen Fragen** einer evtl. Einfuhrkontingentierung, der Zins- und Diskontsenkung und der Herabsenkung des Zinsendienstes für unsere Auslandsschulden, also Fragen, die weniger die politische Schlagwortideologie, als den gefährlich zusammengeschrumpften Geldbeutel unserer Wirtschaft angehen. Die Auswahl unter den zahlreich vorhandenen Lösungsvorschlägen dürfte nicht ganz einfach sein. Die Meinungsverschiedenheiten erstrecken sich bis in das Kabinett. Als die eigentlichen Gegenspieler können der Reichsernährungsminister Braun und der Reichswirtschaftsminister Professor Warmbold betrachtet werden. Sie sind aber nur Exponenten eines Druckes, der von außen her in verstärktem Maße auf die Kabinettsbesprechungen wirkt. Wenn nicht alles täuscht, werden die Verhandlungen mehrere Tage in Anspruch nehmen. Vor Anfang nächster Woche wird die neue wirtschaftlich-finanzielle Notverordnung der Reichsregierung kaum bekanntgegeben werden.

Auch die **Baseler Verhandlungen bei der BIZ.**, die am Montag beginnen, werden keineswegs in ein paar Stunden erledigt werden können. Nach unseren Informationen besteht vorläufig bei den Beteiligten die Auffassung, daß mehrtägige Verhandlungen durchaus im Bereich der Möglichkeit liegen. Die europäischen Finanzgewaltigen haben sich ja nicht nur über die Aenderung des deutschen Bankgesetzes zu unterhalten, sondern auch über sehr viel weitergehende Probleme. Eine Ermäßigung der Zinsen der deutschen Auslandsschulden ist von der Middland-Bank vorgeschlagen und in Verbindung mit dem deutschen Rohstoffimport gebracht worden. Danach soll sich Deutschland verpflichten, für die durch eine Zinsherabsetzung eingesparten Summen Rohstoffe aus dem Ausland zu übernehmen, eine recht schwierige Angelegenheit, weil die Rohstoffpreise gegenwärtig von Tag zu Tag Schwankungen unterliegen und mit festen Summen in derartige Berechnungen überhaupt nicht eingesetzt werden können. Ein anderer Vorschlag behandelt die Frage einer langfristigen Kreditgewährung an Deutschland, ein dritter einen Plan, der die deutsche Ausfuhr mit der Einfuhr in enge Beziehung setzt. Man sieht, in Basel steht ein großer Teil von den Problemen auf der Tagesordnung, die auch im Reichskabinett durchgesprochen werden. Es ist sehr leicht möglich, daß evtl. Schwierigkeiten in Basel eine innerdeutsche Antwort finden, die wieder unseren Auslandsgläubigern nicht sehr angenehm in die Ohren klingt.

Das Problem der innerdeutschen Zinssenkung ist nach unseren Informationen schon vor den Kabinettsverhandlungen dahin geklärt worden, daß eine generelle Zinssenkung auf dem Zwangswege von der Regierung nicht beabsichtigt ist. Man will nach Möglichkeit an der individuellen Verständigung zwischen Schuldner und Gläubiger festhalten. Nur insofern diese freiwilligen Vereinbarungen kein Ergebnis zeitigen, soll der Staat durch sog. Schlichtungsstellen eingeschaltet werden, die in die Lage versetzt werden sollen, durch einen Zwangsvergleich widerspenstige Partner zu einer für beide Teile einigermaßen gerechten Lösung zu bringen. Diese grundsätzliche Entscheidung der Regierung liegt auf der sog. Lutherlinie, die der Reichsbankpräsident in seiner letzten großen Rede in Dortmund scharf umrissen hat. Daß die Einrichtung von Schlichtungsstellen von einer Zwangskonversion nicht allzuweit abliegt, ist allerdings wohl kaum zu bezweifeln. Ueber diese Zinssenkung von Fall zu Fall hinaus beabsichtigt man aber, besonders notleidenden Schuldnern durch direkte Unterstützungen zu helfen. Hier steht ein Vorschlag des Landrats von Bitter zur Debatte, der für die Landwirtschaft eine Entlastung durch Schaffung eines 4prozentigen, reichsgarantierten und steuerfreien Pfandbriefes herbeiführen will.

Die geplanten **Kontingentierungsmaßnahmen** haben noch in letzter Stunde einen erheblichen Sturm aus den Kreisen der deutschen Exportindustrie hervorgerufen. In schriftlichen Eingaben und mündlichen Verhandlungen wurde noch einmal nachdrücklich betont, daß die Absicht, Einfuhrkontingente einzuführen, mit dem Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit des deutschen Unternehmertums nicht in Verbindung zu bringen ist. Eine Kontingentierung in größerem Umfange würde der deutschen Exportindustrie den Todesstoß versetzen und neue Entlassungen und Einschränkungsmaßnahmen im Inland zur Folge haben. Eine solche Entwicklung würde aber dem Ankurbelungsprogramm der Regierung so grundsätzlich widersprechen, daß ein Erfolg bei einer Durchführung dieser Pläne von dem Programm nicht mehr erwartet werden kann. Es ist noch nicht zu übersehen, wie sich die Regierung aus diesem Dilemma zwischen Industrie und Landwirtschaft herauszieht. Sie hat es nicht leicht, da jede nicht 100prozentige Erfüllung der landwirtschaftlichen Forderungen heute von den Parteien zu einer scharfen politischen Propaganda benutzt wird. Ohne einen Kompromiß wird es also kaum abgehen.

Das Schreiben des Reichsaußenministers an Henderson.

)(Berlin. Der **Reichsaußenminister** hat unter dem 14. ds. Mts. an den **Vorsitzender der Abrüstungskonferenz Herrn Henderson** das nachstehende Schreiben gerichtet:

„In den Verhandlungen der Generalkommission, die der Annahme der Resolution vom 23. Juli ds. vorausgingen, hat der Führer der deutschen Delegation die Gründe dargelegt, aus denen die deutsche Regierung diese Resolution ablehnen mußte. Er hat dabei ausgeführt, daß nach dem Stande der Konferenzverhandlungen die Frage der Gleichberechtigung der bewaffneten Staaten nicht mehr länger ohne Lösung bleiben dürfe. Dementsprechend hat er bei diesem Anlaß die Erklärung abgegeben, daß sich **die deutsche Regierung an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht beteiligen könne, bevor eine befriedigende Klärung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands erfolgt sei.** — Nachdem die Resolution gleichwohl zur Annahme gelangt ist, **steht schon jetzt fest, daß die künftige Abrüstungskonvention außerordentlich weit hinter dem Entwaffnungsregime des Versailler Vertrages zurückbleiben, und daß sie sich von diesem hinsichtlich der Art und Weise der Abrüstung wesentlich unterscheiden wird. Damit ist die Frage unmittelbar aktuell geworden, wie es mit der Anwendung des künftigen Regimes auf Deutschland werden soll.** Es liegt auf der Hand, daß ohne Beantwortung dieser Frage eine Regelung der einzelnen konkreten Punkte des Abrüstungsproblems nicht möglich ist.

Nach Ansicht der deutschen Regierung kann nur eine Lösung in Betracht kommen, die Lösung nämlich, daß alle Staaten in bezug auf die Abrüstung denselben Regeln und Grundsätzen unterworfen werden, und daß für keinen Staat ein diskriminierendes Ausnahmeregime gilt. Es kann Deutschland nicht zugemutet werden, an den Verhandlungen über die in der Konvention festzulegenden Abrüstungsmaßnahmen teilzunehmen, so lange nicht feststeht, daß die gefundenen Lösungen auch auf Deutschland Anwendung finden sollen.

Um diese Voraussetzung für ihre weitere Mitarbeit in der Konferenz so schnell als möglich zu verwirklichen, hat sich die deutsche Regierung inzwischen bemüht, eine Klärung der Frage der Gleichberechtigung auf diplomatischem Wege herbeizuführen. **Leider muß festgestellt werden, daß die deutschen Bemühungen bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt haben.** Unter diesen Umständen sehe ich mich, zu meinem Bedauern genötigt, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß **die deutsche Regierung der Einladung zu der am 21. September ds. Js. beginnenden Tagung des Büros der Konferenz nicht Folge leisten kann.**

Die deutsche Regierung ist nach wie vor der Ueberzeugung, daß eine radikale Durchführung der allgemeinen Abrüstung im Interesse der Sicherung des Friedens dringend geboten ist. Sie wird die Arbeiten der Konferenz mit Interesse verfolgen und sich je nach deren Verlauf über ihr weiteres Verhalten schlüssig werden."

Ueber die weitere Behandlung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands erfahren wir von zuständiger Seite, daß **die Reichsregierung nicht beabsichtigt, die am letzten Sonntag überreichte französische Note schriftlich zu beantworten.** Sie bedauert, feststellen zu müssen, daß diese Note das Problem der Gleichberechtigung sowohl in seinen Voraussetzungen wie in seinen Folgen unrichtig auffaßt, und daß sie in keinem wesentlichen Punkte eine Annäherung an den deutschen Standpunkt zeigt, wie er in dem deutschen Memorandum vom 29. August dargelegt wurde. **Von einer Fortsetzung des Meinungsaustausches auf dem Wege des Noteuwechsels glaubt die Reichsregierung, sich keine Förderung der Sache versprechen zu können.** Selbstverständlich ist sie aber nach wie vor zu einem **Meinungsaustausch auf dem Wege mündlicher diplomatischer Unterhaltungen bereit.**

Der **Reichsaußenminister** hat gestern den **französischen Botschafter Herrn Francois Poncet** empfangen und ihm eine entsprechende Mitteilung gemacht. Im gleichen Sinne sind auch die übrigen Regierungen verständigt worden, die von der Reichsregierung mit der Angelegenheit befaßt worden waren.

Neuwahlen zum Reichstage am 6. November.

Berlin. (Funkspruch.) **Wie wir erfahren, hat das Kabinett in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Neuwahlen zum Reichstag auf den 6. November anzusetzen.**

Kein neuer Burgfriede geplant.

)(Berlin. Ein Berliner Abendblatt will aus parlamentarischen Kreisen gehört haben, daß die Reichsregierung zur Abkürzung des Wahlkampfes ein befristetes Versammlungs- und Demonstrationsverbot erlassen werde, das erst eine oder zwei Wochen vor dem Wahltermin aufgehoben werden solle. Wie wir hierzu von unterrichteter Seite erfahren, hat **die Reichsregierung nicht die Absicht, einen neuen Burgfrieden zu verordnen.**

Wirtschaftsankurbelung in Frankreich.

)(Paris. **Der Ministerrat hat gestern nachmittag kurz vor Beginn der Kammersitzung die Vorlage betreffend die Rentenkonvertierung gutgeheißen. Diese sieht die Ausbezahlung oder die Konvertierung in eine neue 4½prozent. Rente für folgende Rententitel vor: 5prozentige 1915/16, 6prozentige 1920, 6prozentige 1927, 5prozentige 1928, 6prozentige Obligationen von 1927 und 7prozentige Schatzbons von 1927. Insgesamt handelt es sich um einen Kapitalbetrag von 85 Milliarden. Der neue 4½prozentige Rententitel wird zu Pari ausgegeben werden und soll in 75 Jahren getilgt sein. Besondere Vergünstigungen sind für Kleinrentner vorgesehen, die die Möglichkeit erhalten, ihre Rententitel in Leibrenten unter besonders günstigen Bedingungen umzuwandeln.**

Zu der Rentenkonvertierung wird eine ausführliche **Begründung** gegeben, in der u. a. darauf hingewiesen wird, daß **trotz der verhältnismäßig starken Preissenkung der letzten Jahre das Preisniveau in Frankreich immer noch zu hoch** bleibe. Eine Politik der Senkung der Lebenshaltungskosten sei also heute in Frankreich geboten und die Rentenkonvertierung, die eine allgemeine Senkung des Geldsatzes herbeiführen solle, sei ein wesentliches Element hiervon. Es müßten **für die nationale Wirtschaft in der Zeit einer Ankurbelung der Produktion in der ganzen Welt weniger kostspielige Kreditbedingungen geschaffen werden.**

Um die starke Grundlage der französischen Währung aufrechtzuerhalten, müsse ein jeder zur Finanzsanierung beitragen. Die Regierung sei entschlossen, Frankreich die Rückkehr der aus dem Kriege geborenen Schwierigkeiten zu ersparen und das **nächstjährige Budget restlos auszugleichen.** Die Rentenkonvertierung sei nur ein Punkt eines weitergehenden Programms, für dessen Durchführung die Regierung auf die Unterstützung der gesamten Nation rechnet.

Paris. (Funkspruch.) **Kurz vor 5 Uhr früh hat die Kammer mit 540 gegen 48 Stimmen die Regierungsvorlage über die Rentenkonvertierung verabschiedet.**

Göring vor der ausländischen Presse.

vdz. Berlin. **Reichstagspräsident Göring** empfing am Freitag die **Vertreter der ausländischen Presse** zu einer Aussprache. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, hielt der Reichstagspräsident auch in dieser Besprechung daran fest, daß er selbst formaljuristisch im Recht sei, da eine Abstimmung als ein unteilbares Ganzes angesehen werden müsse. Infolgedessen seien die Abstimmungen über die Aufhebung der Notverordnung und die Mißtrauensanträge gültig. Daß nachher der Reichstag aufgelöst worden sei, gebe er zu. Auf die Frage, warum er entsprechend seiner Ankündigung das Parlament nicht wieder zusammenberufen habe, erklärte Göring, so etwas sei nur möglich, wenn man eine kompakte Masse hinter sich habe. Die Sozialdemokraten seien aber schon sofort nach der Sitzung herausgesprungen, indem sie sich geweigert hätten, an der Sitzung des Aeltestenrates teilzunehmen. Göring betonte weiter das Recht des Ueberwachungsausschusses, sich als Untersuchungsausschuß zu konstituieren und erklärte, die Regierung könne ihr Erscheinen in den Ausschüssen nicht davon abhängig machen, was der Reichstagspräsident getan habe. Er habe persönlich gehandelt; den Ausschuß als solchen gingen diese Dinge nichts an. Die Regierung würde sich, nach seiner Auffassung, außerhalb des Rechts setzen, wenn sie sich weigerte, vor dem Untersuchungsausschuß zu erscheinen. Im übrigen erklärte der Reichstagspräsident, **er erwarte unter allen Umständen, daß die Neuwahlen innerhalb der vorgeschriebenen Zeit stattfinden.** Es dürfe jeder davon überzeugt sein, daß **während der Wahlzeit absolute Ruhe herrschen** und in dieser Beziehung ein Grund für **eine Verschiebung der [illegible] nicht vorliegen werde.**